

Willkommen!



Schnäppchen!

Abschaffung des
Rabattgesetzes

Verlängerung der
Ladenschlusszeiten

Preisnachlässe!

Sonderangebote!

Liberalisierung
im KFZ-Handel



Geiz ist geil!



Bin ich blöd?



Arbeit ist zu teuer!

Arbeits-
losen-
geld II

Wohlfahrtsstaat

Lohnnebenkosten

Agenda
2010

Harz IV

Gerster-
Konzept



Freiwilliger
Lohnverzicht

Erhöhung der
Arbeitszeit

Flexibilisierung

Abbau Kündigungsschutz

Arbeits-
Plätze
ins
Ausland



Dr. Peter Kührt
Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd
Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Abteilung Ökonomie

Vom Ahlener Programm zur Agenda 2010 - Die Entwicklung unserer Wirtschaftsordnung



Gliederung

- Markt- und Planwirtschaft
- Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft
- Von der Ordnungspolitik zur Stabilitätspolitik
- Das Ende der Stabilitätspolitik
- „Neue“ Soziale Marktwirtschaft?



A. Markt- und Planwirtschaft



Wirtschaftlicher Liberalismus

- Wir erhoffen unseren Vorteil und unser Glück nicht von dem Wohlwollen unseres Metzgers oder Bäckers, sondern von deren Eigennutz!



„Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers, und Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen, sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Wir wenden uns nicht an Menschen-, sondern an ihre Eigenliebe, und wir erwähnen nicht die eigenen Bedürfnisse, sondern sprechen von ihrem Vorteil. [...] Gib mir was ich wünsche, und du bekommst, was du benötigst.“

(Adam Smith)

<http://www.oeffentliche-finanzen.de/zeit/Smith.htm>



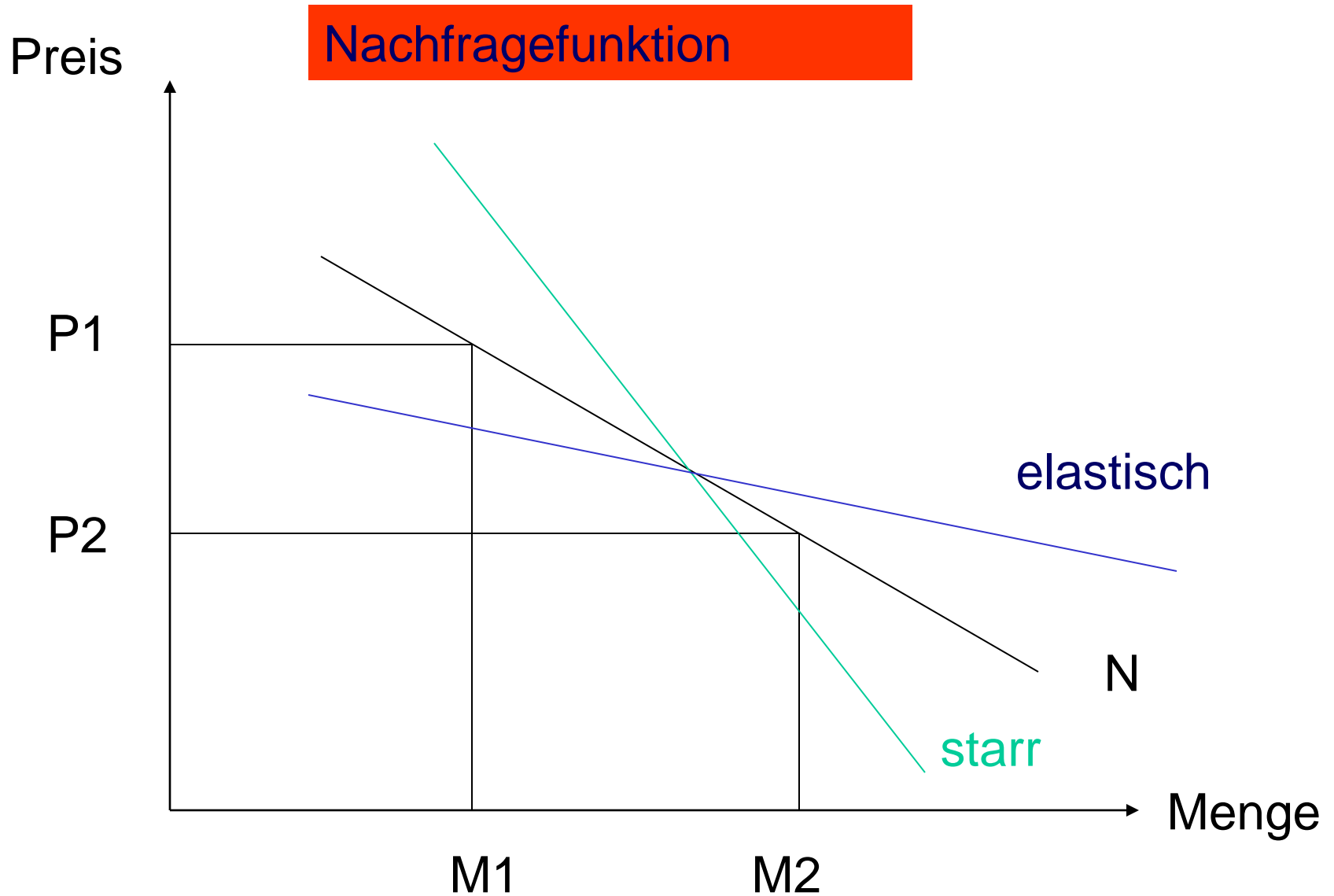
Smith forderte in seiner "Untersuchung über Natur und Ursachen des Volkswohls"(1776) ein Wirtschaftssystem, das auf den natürlichen Neigungen der Einzelnen aufbauen sollte. Die gesamten Geschäftsläufe erlangen dadurch eine selten gestörte harmonische Ordnung, wie von einer "unsichtbaren Hand" geleitet. Freie Unternehmungen, Freihandel, autonome Geschäftserfahrung waren für Smith ebenso Voraussetzungen eines ökonomischen Gleichgewichts wie die Freizügigkeit der Arbeit oder die gerechte Verteilung der Rohstoffe auf dem europäischen Markt. In Einzelfällen sollte der Staat korrigierend eingreifen. Eine notwendige soziale Grenze des Eigennutzes sah Smith in Gestalt einer kodifizierten Rechtsordnung.

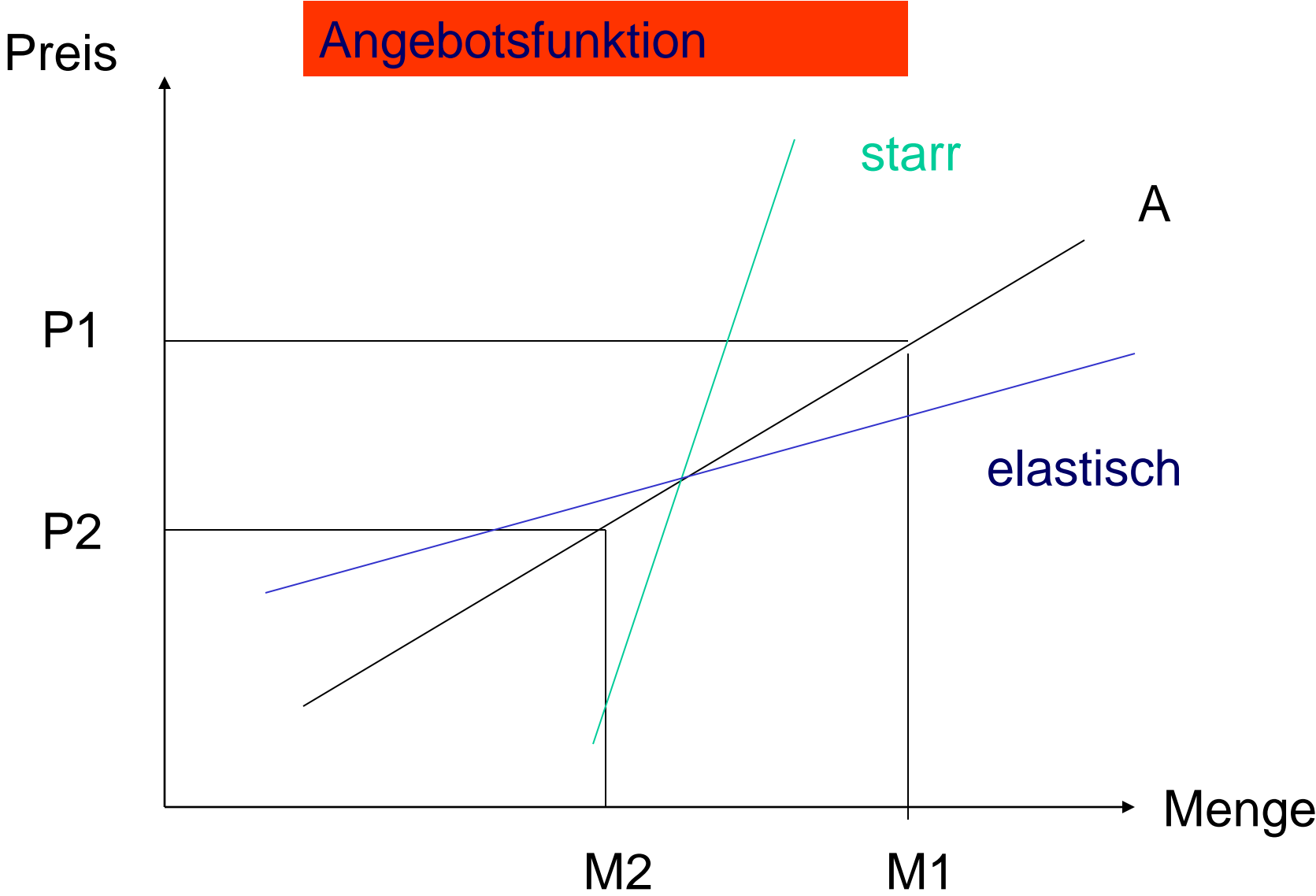


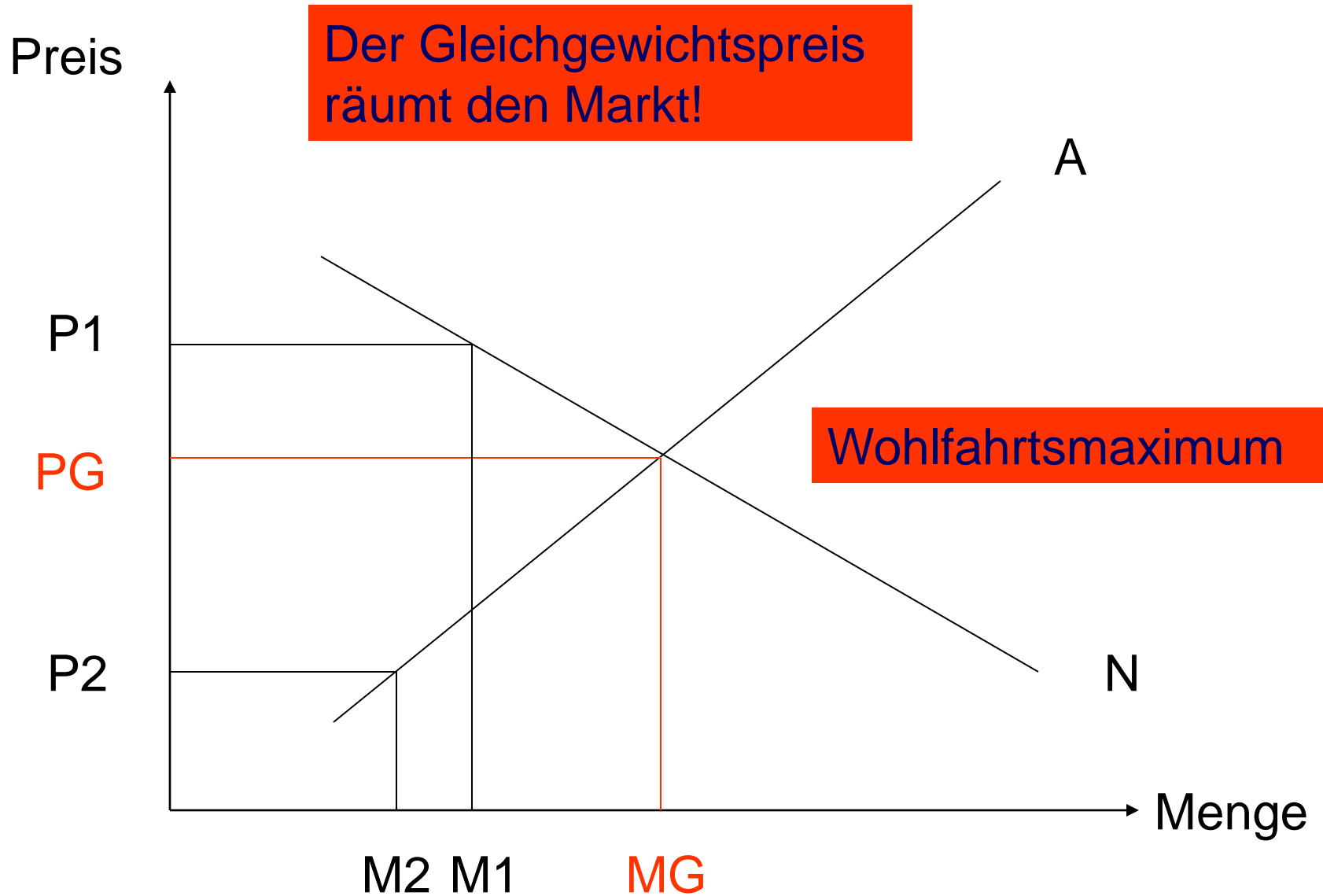
Wirtschaftsordnungen

- Regelsysteme für die Entscheidung über Produktion und Verteilung von Gütern
- z.B. im wirtschaftlichen Liberalismus...







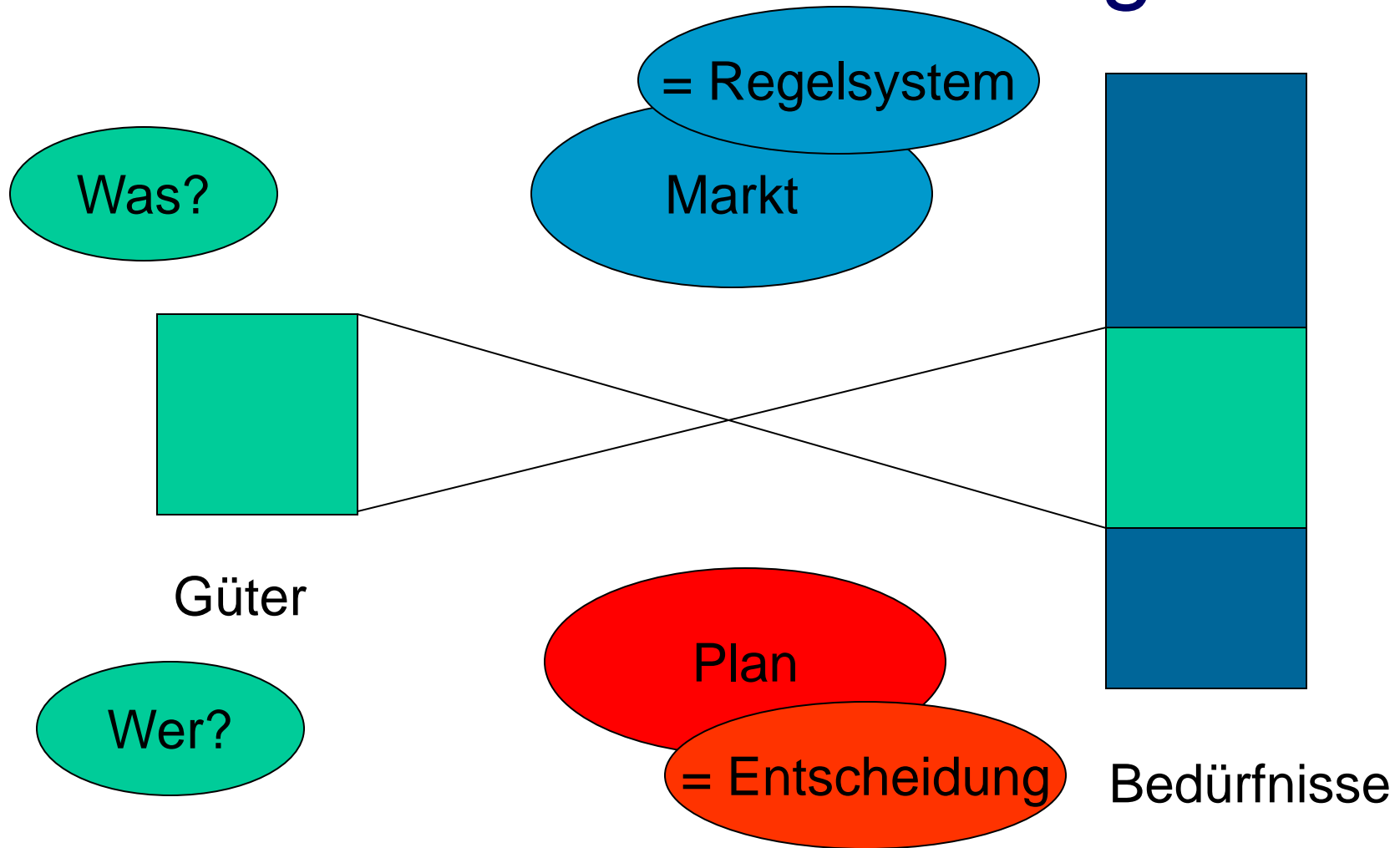


Wirtschaftlicher Liberalismus

- Produktionsentscheidungen und Güterverteilung über Marktmechanismus
- Rolle des Staates beschränkt sich auf Systemverteidigung (Landesverteidigung) und Rahmenbedingungen (Rechtssystem, Infrastruktur), sog. „Nachtwächterstaat“



Wirtschaftsordnung



Idealtyp: Planwirtschaft

- Eine Entscheidungsinstanz, z.B. der Staat, bestimmt nach inhaltlichen Kriterien Art und Umfang der Güterproduktion sowie die Verteilung der Güter.
- Die Güterzuteilung erhält derjenige, der die Kriterien erfüllt.
- Geld dient nur als „Bezugsschein“.



Idealtyp: Marktwirtschaft

- Der Staat definiert ein Regelsystem und überwacht nur die Einhaltung der „Spielregeln“.
- Die Güterzuteilung erfolgt über das Zusammentreffen von Anbietern und Nachfragern auf dem Markt.
- Die Güterzuteilung erhält derjenige, der die größte Kaufkraft aufwenden kann.



Idealtypen

- **Planwirtschaft**
- Inhaltliche Entscheidung
- zentrale Produktionsentscheidungen
- Globalpläne

- **Marktwirtschaft**
- Regelsystem
- autonome Entscheidungen in Unternehmen und Haushalten
- Individualpläne



Idealtyp Planwirtschaft

- + gesicherte Mindestversorgung
- + keine Arbeitslosigkeit
- kein Leistungsanreiz
- schwerwiegende Auswirkungen falscher Produktionsentscheidungen
- konsumentenferne Produkte
- politische Produktionsentscheidungen

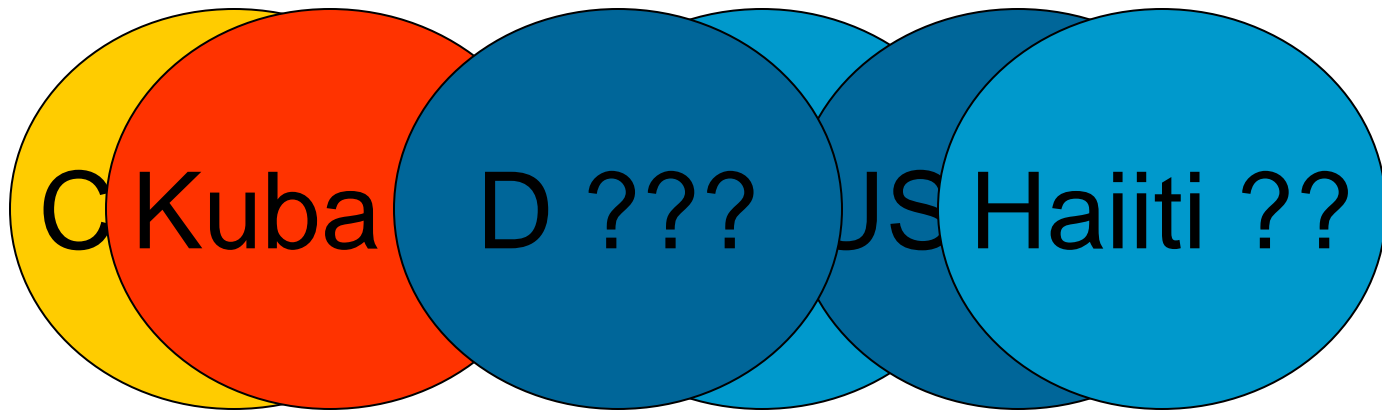


Idealtyp Marktwirtschaft

- + hoher Leistungsanreiz
- + Warenvielfalt
- + Erfüllen von Konsumentenwünschen
- Unternehmens-, Einkommens-, Vermögens- und Machtkonzentration
- kein Schutz wirtschaftlich und sozial Schwacher



Realtypen



B. Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft



Freiburger Schule

"Die Lenkungsmethoden der freien Wirtschaft und der Zentralverwaltungswirtschaft sind gescheitert.

Kapitalismus und Sozialismus bekämpfen sich in der Doktrin, de facto gehen sie ineinander über." Es war der "freie Markt", der in Deutschland Konzerne ermöglicht hatte, die sich in der NS-Zeit "als Bausteine erwiesen, die leicht in das Gebäude der Zentralverwaltungswirtschaft eingebaut werden konnten". (Walter Eucken 1946)



Grundidee

- „...das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“ (Müller-Armack, 1976)
- „...ökonomischer und sozialer Rahmen, der sowohl ökonomische Effizienz als auch persönliche Freiheit bei sozialem Ausgleich fördern will“ (Altmann, 1995)



Grundidee

Rechtsstaatspostulat
(Sicherung der Freiheit)

+

Sozialstaatspostulat
(Gerechtigkeit und soziale Sicherheit)



Freiburger Schule

- **Freiburger Schule** (Eucken, Böhm, Röpke, Müller-Armack):

[Lebenslauf Walter Eucken](#)

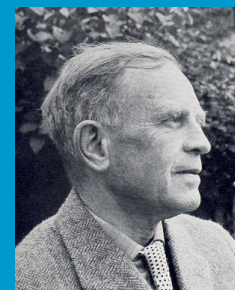
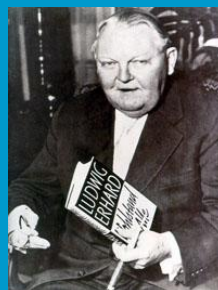
[Lebenslauf Alfred Müller-Armack](#)

[Lebenslauf Franz Böhm](#)

[Lebenslauf Willi Röpke](#)

[Lebenslauf Alexander Rüstow](#)

[Lebenslauf Ludwig Erhard](#)



Freiburger Schule

- **Ordoliberalismus der Freiburger Schule:**
- keine Wirtschaftslenkung
- Markträumungsfunktion
- Ablehnung marktwirtschaftlicher Folgewirkungen: Wettbewerbsbeschränkungen, soziale Probleme



Freiburger Schule

- Statt der naturbelassenen „unsichtbaren Hand“ des Marktes bewusst gestaltete Wirtschaftsordnung!
- keine politische oder ökonomische Machtbildung!
- starker Staat mit einheitlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik!



Freiburger Schule

- Bekenntnis zur Marktwirtschaft, aber Staat muss eingreifen, wenn der Marktprozess **Unvollkommenheiten** und **Fehler** aufweist
- Marktunvollkommenheiten = unvollkommener Wettbewerb
- Marktfehler = fehlendes Güterangebot und unerwünschte externe Effekte



Soziale M

Sozialer Ausgleich keineswegs nur ein im Grunde systemfremdes Anhängsel... (Hardes u.a., 24)

- **4 Grundprinzipien**
- **Wettbewerbsprinzip**
jedoch Wettbewerbsregeln,
- **Sozialprinzip** (Marktwirtschaft an sich ist bereits sozial + Wettbewerbspolitik + progressive Einkommensteuer + soziale Ausgestaltung der Wirtschaft + System der sozialen Sicherung)



Soziale Marktwirtschaft

- **Konjunkturpolitisches Prinzip**
(Stabiles Preisniveau wesentlich, auch für Vermeiden gesellschaftlicher Konflikte; Garanten sind Wettbewerbsordnung, ausgeglichener Staatshaushalt und strenge Geldpolitik; Konjunkturpolitik = Geldpolitik)



Soziale Marktwirtschaft

- **Prinzip der Marktkonformität** (alle wirtschaftspolitische Maßnahmen müssen möglichst marktkonform erfolgen; Maßnahmen gegen Marktunvollkommenheiten und Marktfehler)

http://www.vwl.uni-freiburg.de/fakultaet/wipo/sose2002/fohlen/wp_vl03_ss02.pdf



Wert

Das Wirtschaftssystem der
Bundesrepublik Deutschland
hat viele Väter...
(Hardes u.a., 24 f.)

- Christlich-soziale Wertorientierungen
- sozialistische Forderungen nach einer Verstaatlichung der Schlüsselindustrien + umfassende Lenkung der Wirtschaft
- Mitbestimmung durch Arbeitnehmer



Soziale Marktwirtschaft

- Scholz 1987:
„Die Ordnungsform der ‚sozialen Marktwirtschaft‘ stellt eine verfassungsrechtlich mögliche und zulässige, verfassungsrechtlich aber nicht zwingende Ordnung der Wirtschaft dar.“



Soziale Marktwirtschaft

- Freie Entfaltung der Persönlichkeit, Koalitionsfreiheit, Freizügigkeit, Berufsfreiheit, Privateigentum (GG)
- Sozialstaatsklausel („Sozialer Rechtsstaat“ GG Art. 20 sowie „Sozialpflichtigkeit des Eigentums Art. 14)



Soziale Marktwirtschaft

- Haushalt muss den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung tragen“ (GG Art. 109)
- zahlreiche weitere Gesetze (GWB, TVG, BBankG, StabG usw.)



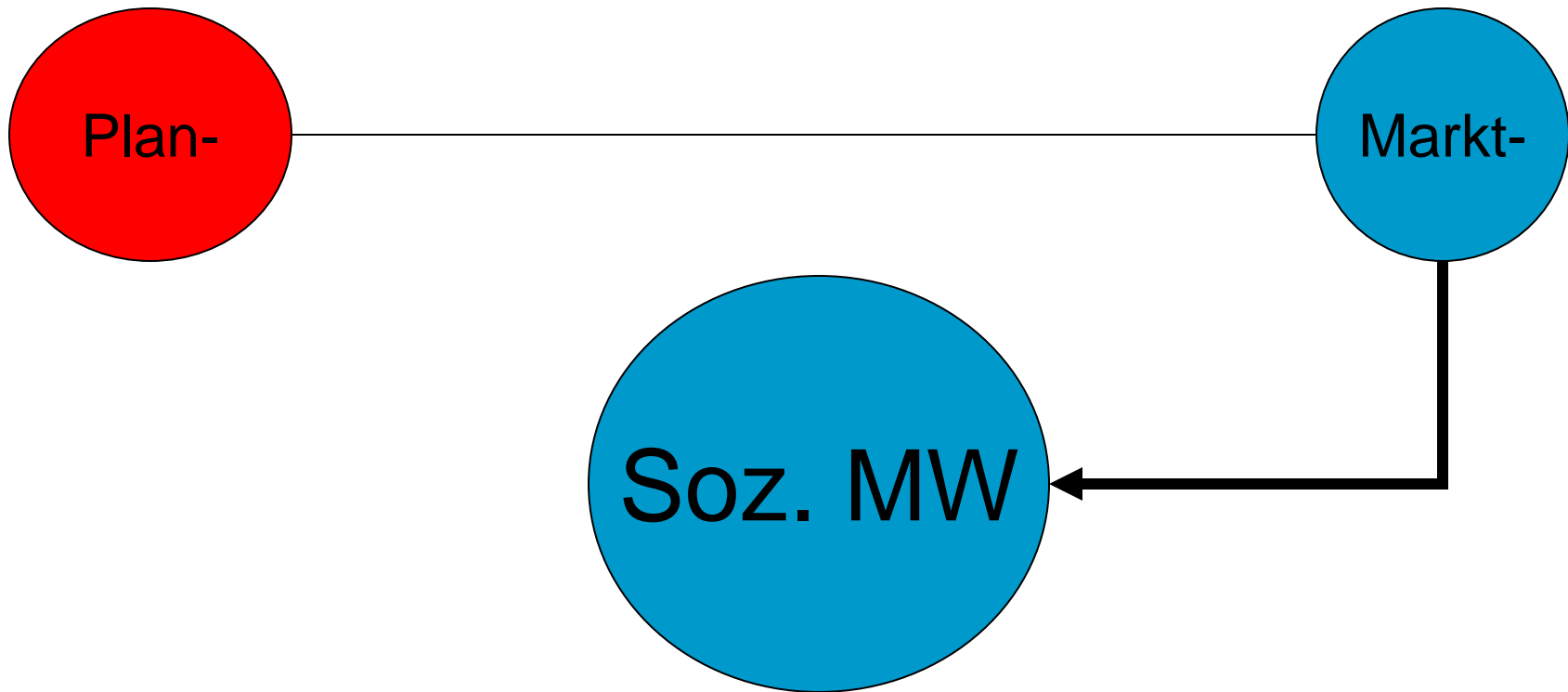
Soziale Marktwirtschaft

- **Planwirtschaftliche Elemente**
- Sozialversicherungen
- Arbeitsschutzgesetze
- Tarifvertragsgesetz
- EU-Agrarmarkt
- EU-Importrestriktionen

- **Marktwirtschaftliche Elemente**
- Gewerbefreiheit, Berufswahlfreiheit u.a.
- Kartellgesetz, Monopolkommission, Unlauterer Wettbewerb, AGB-Gesetz



Soziale Marktwirtschaft



Forderungen: Ordnungspolitik

- Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln
- gegen unvollkommenen Wettbewerb
- fehlendes Angebot an bestimmten Gütern ausgleichen
- unerwünschten externe Effekten begegnen



Forderungen: Ordnungspolitik

- soziale Ausgestaltung der Wirtschaft
- System der sozialen Sicherung
- Stabiles Preisniveau durch ausgeglichene Haushalte und strenge Geldpolitik (keine Konjunkturpolitik außer Geldpolitik!)
- progressive Einkommensteuer



Forderungen: Ordnungspolitik

- Alle (wirtschafts-)politischen Maßnahmen müssen marktkonform erfolgen
- **Ordnungspolitik = Lenkung der Wirtschaft durch eine bewusst gestaltete Wirtschaftsordnung mit starkem Staat und konsistener Wirtschafts- und Sozialpolitik**



Ahlener Programm

'Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden', mit diesem Satz begann das im münsterländischen Ahlen beschlossene Wirtschafts- und Sozialprogramm der CDU Union in Nordrhein-Westfalen vom 3.2.1947. Es sah die Entflechtung von Großkonzernen vor, wandte sich gegen Monopole, forderte die Vergesellschaftung der Bergwerke und die Mitbestimmung und Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer, verwarf aber auch den Staatskapitalismus.

http://www.kas.de/publikationen/1997/813_dokument.html



Ahlener Programm

Im Ahlener Programm versuchte die CDU, einen Weg zwischen "Staatswirtschaft" und "privatem Kapitalismus" zu bahnen, indem sie die Entflechtung der Staatswirtschaft, die Vergesellschaftung des Bergbaus wie auch der Eisen schaffenden Großindustrie vorsah. Auch sollte das Genossenschaftswesen ausgebaut werden. Schließlich wurde eine Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei "grundlegenden Fragen der wirtschaftlichen Planung und sozialer Gestaltung" in großen Betrieben angestrebt. Auch wenn heute immer wieder auf angeblich "sozialistische" Ideen des Ahlener Programms rekurriert wird, wandte es sich gegen einen Staatssozialismus. Das Programm lässt sich als eine Mischung von katholischem Solidarismus, liberaler Marktwirtschaft und sozialistischen Elementen kennzeichnen...

<http://www.nrw.de/landnrw/nrwlex/lexcd�.htm>



Ahlener Programm

- Entflechtung der Staatswirtschaft
- Entflechtung von Großkonzernen
- Vergesellschaftung des Bergbaus wie auch der Eisen schaffenden Großindustrie
- Mitbestimmung und Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer

[Aktueller CDU-Programmentwurf: Neue Soziale Marktwirtschaft](#)
[Kritik](#)



C. Von der Ordnungspolitik zur Stabilitätspolitik



Wiederaufbau 1948-1958

- Währungsreform
- Grundgesetz
- Liberalisierung des Außenwirtschaftsverkehrs; Beitritt zu Gatt, OECD, IWF
- Eintritt in die EG (1957)
- Arbeitsmarkt und Sozialordnung (Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie,



Wiederaufbau 1948-1958

- ...Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, Selbstverwaltung der der Sozialversicherung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer)
- Arbeitnehmerschutz (Kündigungsschutz; Schutz Schwerbeschädigter)
- Einführung von Mitbestimmungsrechten



Wiederaufbau 1948-1958

- Wohnungsbauprogramm und Baugesetz
- Gesetz über die Deutsche Bundesbank (1957)
- Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen



Vollbeschäftigung 1959-1973

- Außenwirtschaftsgesetz (1961)
- Sozialhilfegesetz (1961)
- Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (1967)
- Fusionskontrolle und Missbrauchaufsicht (1973)
- Kreditwesengesetz
- Vermögensbildungsgesetze



Vollbeschäftigung 1959-1973

- Arbeitsförderungsgesetz (1969)
- Berufsbildungsgesetz (1969)
- Bundesausbildungsförderungsgesetz (1971)
- Graduiertenförderungsgesetz (1971)
- Neue Sozialtransfers (Kindergeld, Wohnungshilfe)
- Ende der Vollbeschäftigung (1974)



D. Das Ende der Stabilitätspolitik



Massenarbeitslosigkeit

- 1967 459.000 Arbeitslose
- 1975 1.074.000 Arbeitslose
- 1983 2.258.000 Arbeitslose
- 1983 2.037.000 Arbeitslose
- 1997 3.000.000 Arbeitslose
- 1998 4.400.000 Arbeitslose
- 2003 4.400.000 Arbeitslose



Wandel der Wirtschaftspolitik

- Von der Ordnungspolitik Erhards zur Stabilitätspolitik Schillers
- Das Ende der nachfrageorientierten Stabilitätspolitik Mitte der 70er-Jahre
- Die Renaissance der Angebotspolitik
- Deutsche Einheit
- Weltwirtschaftliche Globalisierung
- Angebotspolitik „von links“



E. „Neue“ Soziale Marktwirtschaft?



Aktuelle Regierungskonzepte

- Agenda 2010

<http://www.bundesregierung.de/Anlage547835/Alle+Ma%dfnahmen+der+Agenda+als+Download.pdf>

<http://www.bundesregierung.de/Themen-A-Z/Agenda-2010-,9913/Agenda-2010-im-Ueberblick.htm>

- Hartz-Konzept (Hartz I-IV)

<http://www.bundesregierung.de/Themen-A-Z/Agenda-2010-,9757.541097/artikel/Bundestag-entscheidet-ueber-ze.htm>

http://www.bpb.de/publikationen/NB719M,0,0,HartzKonzept:_Arbeitslose_effektiver_in_billige_Jobs_Deregulierungsschub_auf_den_Arbeitsm%E4rkten.html

- Gerster-Konzept

<http://www.bundesregierung.de/Themen-A-Z/Arbeit-,9330/Umbau-der-Bundesanstalt-fuer-A.htm>

http://www.bma.bund.de/download/gesetze_web/gesetze.htm



Agenda 2010 - Vorhaben

- Ausbildungsoffensive 2003
- Ausbildereignungsverordnung wird ausgesetzt
- Berufsbildungsgesetz und Handwerksordnung werden novelliert
- Ein modernes Handwerksrecht
-> Näheres zu den Agenda-Vorhaben siehe Word-Dokument!



Agenda 2010 - Vorhaben

- Neue Regelung für Minijobs
- Kündigungsschutzrecht wird erneuert
- Der Staat muss einfacher werden
- Kommunale Infrastruktur verbessern, Wohnraum modernisieren
- Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem erhalten
- Offensive “pro Mittelstand”



Agenda 2010 - Vorhaben

- Arbeitsmarktpolitik für strukturschwache Regionen
- Familie und Beruf besser vereinbaren
- Steuerreform und Subventionsabbau
- Mehr Geld für die Kommunen
- Renten nachhaltig sichern
- Bildung fördern



Agenda 2010 - Vorhaben

- “Ich-AGs”
- "Kapital für Arbeit" - Das Finanzierungsprogramm zur Einstellung von Arbeitslosen
- Neue Regelungen für Arbeitslose: Fördern und Fordern
- Das "Neue Arbeitsamt"



Hartz-Gesetze

- **Hartz-Gesetze = Gesetze „für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“**
- **Hartz I:** Existenzgründungen, Zeitarbeit, Ich-AG (seit 1. Jan. 2003 in Kraft)
- **Hartz II:** Mini-Jobs (seit 1. Jan. 2003 in Kraft)

-> Näheres zu III+IV siehe Word-Dokument!



Hartz-Gesetze

- **Hartz III:** Umbau der Bundesanstalt für Arbeit zum kundenorientierten Dienstleister (soll am 01.01.04 in Kraft treten)
- **Hartz IV:** Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (soll am 01.07.04 in Kraft treten)



Gerster-Konzept

- Neuorganisation der Bundesanstalt für Arbeit („Neuer Dienstleister“, = Hartz III, soll am 01.01.04 in Kraft treten)
- Verzahnung von Arbeits- und Sozialverwaltung („Jobcenter“)
- Halbierung der Arbeitslosendauer

<http://www2.computerwoche.de/heftarchiv/2002/20020830/a80109182.html>

<http://www.heute.t-online.de/ZDFheute/artikel/27/0,1367,WIRT-0-2054779,00.html>



Aktuelle CDU-Programmatik

- Freigabe der Ladenöffnungszeiten von Montag bis Samstag
- Handlungsspielraum der Beteiligten im Rahmen der bewährten Tarifautonomie vergrößern
- Wahl zwischen Verzicht auf Kündigungsschutzklagen und Abfindungsanspruch

http://www.cdu.de/ueber-uns/buvo/pv/am_210901.pdf



Aktuelle CDU-Programmatik

- Arbeitnehmeranteil der Sozialversicherungsbeiträge soll je nach Einkommenshöhe vom Staat übernommen werden
- Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenführen



Aktuelle CDU-Programmatik

- Anspruch für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger nur mit Nachweis von Arbeit, Qualifizierung oder gemeinnütziger Tätigkeit – insofern ein entsprechendes Angebot vorliegt –



Aktuelle CDU-Programmatik

- GKV soll sich auf einen ausgewogenen Katalog von Kernleistungen konzentrieren, weitergehende Absicherung stärker als bisher über freiwillige, privat finanzierte Zusatzleistungen
- eine an dieser Beitragsleistung orientierte Rente, Kindererziehung muss stärker honoriert werden



Aktuelle CDU-Programmatik

- Ausbau der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge
- das durchschnittliche effektive Renteneintrittsalter näher an das gesetzliche Renteneintrittsalter heranzuführen
- familienfreundlichere Unternehmensstrukturen, Arbeitszeiten und Arbeitsorte



Aktuelle CDU-Programmatik

- Zukunftsorientierung in den Lehrplänen (Neue Medien, Mathematik), Eigenständigkeit der Schulen, zentrale Abschlussprüfungen
- maximale Belastung aller Bürger und Unternehmen mit weniger als die Hälfte ihrer Einkünfte
- einfacher und niedriger Einkommensteuertarif (10/20/35%)



Aktuelle CDU-Programmatik

- gleichwertige Besteuerung von Personen- und Kapitalgesellschaften ungeachtet der Gewinnverwendung
- Die **neue Soziale Marktwirtschaft** geht vom **selbständigen, eigenverantwortlichen Individuum** aus. Und sie weiß: Die Menschen sind im Jahr 2001 mehr noch als im Jahr 1951 **selbstbestimmt, informiert und flexibel**.



Ausblick und Fragen

- Ist die „neue“ Soziale Marktwirtschaft noch **die** „Soziale Marktwirtschaft“?
- Wo sind die Grenzen?
- Wandelt unsere Gesellschaft ihr Gesicht?
- Welche Zugeständnisse sind auf Grund der Globalisierungszwänge zum wirtschaftlichen Überleben erforderlich?



Ausblick und Fragen

- Neues Unternehmerbild, wachsende soziale Kälte, zunehmende Ellenbogengesellschaft und neue Leitbilder gesellschaftlichen und ökonomischen Aufstiegs („Superstar“)?
- Arbeit nur noch als Produktionsfaktor?
- Ökonomisierung aller Lebensbereiche?
- Ohnmacht infolge Globalisierung

Allensbach-Umfrage



Geschenktipp

Mehr dazu im nächsten Semester ..
und falls Sie für Ihre Enkel/innen noch
ein Weihnachtsgeschenk benötigen :

**Andre Fourcans, Die Welt der
Wirtschaft, Campus Verlag, Frankfurt
1998**

